

Das Wahlprogramm der Christlichsozialen Partei, 1918

Schon kurz nach dem Kriegsende, Mitte Dezember 1918, trat der vierte Parteitag der Wiener Christlichsozialen zusammen. Angesichts der bevorstehenden Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung wurde am 15. Dezember 1918 das folgende Programm beschlossen. Dieses Programm war durch ein von der Reichsparteikonferenz eingesetztes Komitee ausgearbeitet worden.

Text: Reichspost, vom 25. 12. 1918.

Ein verlorener Krieg liegt hinter uns. Österreich ist zusammengebrochen. Es gilt nun, auf den Trümmern der alten Welt eine glücklichere neue aufzubauen.

Freiheit und soziale Gerechtigkeit müssen fernerhin die Grundlage des staatlichen Lebens sein. Die christlichsoziale Partei bekennt sich uneingeschränkt zum freien demokratischen Staat, in dem das Volk durch seine Erwählten seine Geschicke selbst bestimmt. Über die grundlegenden staatsrechtlichen, sozialen und kulturellen Fragen soll es in unmittelbarer Volksabstimmung entscheiden. Die christlichsoziale Partei anerkennt die von der provisorischen Nationalversammlung beschlossene republikanische Staatsform und ist sich der Pflicht bewußt, im Rahmen derselben am geordneten Wiederaufbau des Vaterlandes mit besten Kräften mitzuarbeiten.

Die christlichsoziale Partei wendet sich entschieden gegen alle Versuche, eine freiheitsfeindliche Diktatur aufzurichten, gleichgültig, ob diese Versuche von einer Partei oder einer Klasse unternommen werden sollten. Sie begrüßt die Ausdehnung des allgemeinen, gleichen und geheimen Stimmrechtes auf die Frauen sowie die Einführung der Verhältniswahl. Sie fordert, daß die Freiheit der Wahlen, der Versammlung und der Presse unbedingt gewährleistet werde.

Ein freies und innerlich einigcs Deutschösterreich kann nur auf dem freien Zusammenschluß aller seiner autonomen Teile gegründet werden. Die christlichsoziale Partei anerkennt das Recht der Länder und Gemeinden auf ihre Autonomie und fordert deren Ausbau.

Die christlichsoziale Partei fordert nicht nur den Abbau jedes überflüssigen Zentralismus in der Verwaltung, sondern auch deren Vereinfachung durch Abkürzung des Instanzenzuges und Vermeidung zweckwidriger Vielschreiberei.

Als Partei der gesellschaftlichen Ordnung wünscht die christlichsoziale Partei, daß sich die demokratische Entwicklung ohne gewalttätigen Umsturz vollziehe. Als christliche Volkspartei fordert sie den vollen Schutz des Staates für die christliche Familie als die Voraussetzung eines gesunden staatlichen Lebens. Sie erblickt in der Förderung des durch den Krieg und seine Folgewirkungen schwer erschütterten Familienlebens das wirksamste Mittel zur Lösung des so wichtigen bevölkerungspolitischen Problems.

Die christlichsoziale Partei besteht darauf, daß die Jugend sittlich-religiös erzogen werde, und lehnt die religionslose Schule ab. Im voraus legt

sie gegen alle Bestrebungen Verwahrung ein, die auf Entfesselung eines Kulturkampfes abzielen könnten. Durch unfruchtbare Kämpfe dieser Art würde die schwere Arbeit des Wiederaufbaues nur gestört werden.

Als deutsche Partei legt die christlichsoziale Partei energisch Verwahrung ein gegen die das Selbstbestimmungsrecht mißachtenden Versuche der fremdnationalen Nachbarstaaten, uralte deutsche Siedlungsgebiete zu unterjochen. Als oberste nationale Pflicht erachtet sie die innere Kräftigung des deutschen Volkes. Sie verspricht daher allen Unternehmungen werktätige Unterstützung, welche die Pflege nationaler Sitte und Kultur, die Hebung der Volksbildung und die Sicherung der physischen und moralischen Volksgesundheit insbesondere durch Fürsorge- und Krankenanstalten zum Ziele haben. Sie fordert die Bekämpfung des Geburtenrückganges, der Säuglingssterblichkeit, der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten, die im Kriege so schrecklich überhand genommen haben. Die auch im neuen Staate hervortretende Korruption und Herrschsucht jüdischer Kreise zwingt die christlichsoziale Partei, das deutschösterreichische Volk zum schärfsten Abwehrkampf gegen die jüdische Gefahr aufzurufen. Als eigene Nation anerkannt, sollen die Juden ihre Selbstbestimmung haben; die Herren des deutschen Volkes dürfen sie aber nicht sein.

Die christlichsoziale Partei fordert, daß zu allen Nachbarstaaten baldigst jene Beziehungen hergestellt werden, die dem nationalen und wirtschaftlichen Interesse Deutschösterreichs entsprechen.

Deutschösterreich muß unbedingt der Zugang zum Adriatischen Meere gesichert werden. Um die Gefahr auszuschließen, daß ähnliche Katastrophen wie sie gegenwärtig abermals über die Menschheit kommen, ist die Bildung eines Völkerbundes anzustreben, der durch Schaffung eines obligatorischen Schiedsgerichtes zur Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten die allgemeine militärische Abrüstung ermöglicht. Deutschösterreichs künftige Wehrmacht ist unter dem Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und Ruhe einzurichten.

Die christlichsoziale Partei betrachtet es als eine selbstverständliche Pflicht vaterländischer Dankbarkeit, daß für die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen in ausreichendem Maße gesorgt werde. Für den Wiederaufbau des durch den Krieg völlig zerstörten Wirtschaftslebens müssen alle Kräfte des Staates angespannt werden. Daher fordert die christlichsoziale Partei eine weitausgreifende Produktionspolitik, die dem Gewerbe, der Industrie und der Landwirtschaft in gleicher Weise zugute kommen soll. Alle diese Aufgaben bringen eine ungeheure finanzielle Belastung des Staates mit sich. Die christlichsoziale Partei verlangt, daß die Mittel hierfür unter grundsätzlicher Wahrung des Eigentumsrechtes vor allem durch Einziehung der übermäßigen Kriegsgewinne, sodann durch entsprechende Besteuerung der großen Einkommen und Vermögen sowie durch die Neugestaltung des Erbrechtes beschafft werden.

Im Interesse der kleinen Leute, wie in jenem vieler öffentlicher Fonds und Wohlfahrtsinstitute, die dem Staate ihre Sparpfennige beziehungsweise ihre gesamten Reserven zur Verfügung gestellt haben, ist dafür zu sorgen, daß die Kriegsanleihen nicht entwertet werden.

Um die Volksernährung zu sichern und von der Zufuhr aus dem Auslande möglichst unabhängig zu machen, fordert die christlichsoziale Partei

>> kvvi

vogelsang institut

Karl von Vogelsang-Institut

Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, Erhaltung und Vermehrung des selbständigen Bauernstandes. Grund und Boden muß gegen Ausbeutung, Wucher und Vergeudung geschützt, die Landflucht durch planmäßige ländliche Wohlfahrtspflege bekämpft werden. Großgrundbesitz, der nicht im Interesse der Gesamtheit bewirtschaftet wird, insbesondere der bloß zu Jagd- und anderen Luxus Zwecken verwendete Grund und Boden soll den Eigentümern zwangsweise abgelöst und zur Errichtung von

Heimstätten für die aus dem Felde zurückgekehrten Krieger, zur Ansiedlung landwirtschaftlicher Dienstboten oder auch zur Stärkung des ländlichen Gemeinbesitzes herangezogen werden.

Im Interesse des

Gewerbe- und Handelsstandes

verlangt die christlichsoziale Partei raschen Abbau der Zentralen, weitgehende Berücksichtigung des gewerblichen Mittelstandes bei der Sachdemobilisierung, möglichste Erleichterung der Rohstoffversorgung aus dem Auslande, Ausgestaltung des gewerblichen Kreditwesens sowie größte Strenge gegen jeglichen unlauteren Wettbewerb.

Die beruflichen Interessenvertretungen der einzelnen Stände sind auf demokratischer Grundlage auszubauen. Neben den auszugestaltenden Handels- und Gewerbekammern sind besondere Landwirtschafts- und Arbeiterkammern zu errichten.

Die Lage der

Festbesoldeten,

gleichviel, ob sie in privatem oder öffentlichem Dienste stehen, erfordert gebieterisch tatkräftigste Hilfe. Die christlichsoziale Partei erblickt in einer durchgreifenden Entschuldungsaktion den ersten Schritt zur Rettung dieses wichtigen Standes vor gänzlicher Proletarisierung. Eine dringende Notwendigkeit ist auch die Ausgestaltung der Pensionsversicherung für die Privatangestellten.

Zugunsten der Arbeiterschaft

sind große sozialpolitische Aufgaben zu lösen. Hierzu muß schon in der Verfassung des neuen Staates der Grund gelegt werden. Die christlichsoziale Partei fordert den Ausbau des Arbeiterschutzes und die Schaffung eines modernen Arbeiterrechtes. Sie fordert die gesetzliche Festlegung der Höchstarbeitszeit und der Mindestlöhne; die Reform der Kranken- und Unfallversicherung; die Einführung der Alters-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung sowie der Witwen- und Waisenversorgung; die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter; die Reform des Gemeinderechtes und des landwirtschaftlichen Arbeitsvertrages; die Einbeziehung der Dienstboten, der Heimarbeit und Hausindustrie in die soziale Gesetzgebung.

Die christlichsoziale Partei fordert in Verbindung mit der städtischen Bodenreform eine den Anforderungen der Zeit entsprechende Wohnungspolitik.

Die christlichsoziale Partei tritt für das Recht der Frauen auf Zulassung zu allen Bildungsmöglichkeiten und zu jenen Berufen und Ämtern ein, die der weiblichen Eigenart entsprechen. Sie fordert staatlichen Mutterschutz, ausreichende gesetzliche Maßnahmen zum Schutz der Jugend und der arbeitenden

Frauen. Bezüglich der Frauenarbeit bekennt sie sich zum Grundsatz: gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit.

Dieses Programm will die christlichsoziale Partei vertreten. Für Freiheit und Gerechtigkeit, für Christentum und unser deutsches Volk tritt sie in den Wahlkampf ein. Alle, die in diesem Geist arbeiten wollen, sind willkommen. Wenn jeder Mann und jede Frau, wenn jeder Bürger und Bauer, Arbeiter und Festbesoldeter, der unserer Gesinnung ist, in den kommenden Entscheidungstagen seine Pflicht erfüllt, dann ist uns um die Zukunft nicht bange.

Die christlichsoziale Parteileitung
für Deutschösterreich